

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 93 (2013)
Heft: 1012

Artikel: Hofnarr? - Bürgerlicher Anarchist!
Autor: Scheu, René / Dürr, Baschi / Dürr, David
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-737175>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hofnarr? – Bürgerlicher Anarchist!

Die Zeit sei reif für ein zivilisiertes Zusammenleben ohne Staat, sagt Rechtsprofessor David Dürr. Schöne Idee, aber leider nicht praxistauglich, entgegnet sein Sohn Baschi Dürr, freisinniger Regierungsrat. Ein Gespräch über die Abschaffung der Wehrpflicht, die Option der Scharia und Vater-Sohn-Konflikte.

René Scheu trifft Baschi und David Dürr

Baschi Dürr, Ihr Vater behauptet von sich, er sei Anarchist. Sie kennen ihn gut: Stimmt das?

B.D.: Die grossen Anarchisten oder auch Liberalen der Geschichte sollen zu Hause ja immer Diktatoren gewesen sein... (lacht). Im Ernst: Das ist natürlich eine Definitionsfrage. Denn was ist ein Anarchist? Landläufig stellt man sich darunter einen exzentrischen Outlaw vor. Davon ist mein Vater ziemlich weit entfernt; er ist, wie ich, sehr konventionell und bürgerlich geprägt.

Das ist sichtbar: Sie haben beide die Krawatte montiert, im Gegensatz zu mir. David Dürr, wir duzen uns seit deiner Zeit als Kolumnist des «Monats». Tatsächlich erscheinst du in Anwaltsmontur eher als rechtschaffener Bürger denn als bombenlegender Outlaw. Was qualifiziert dich zum Anarchisten?

D.D.: Selbstverständlich bin ich bürgerlich, das würde ich nie bestreiten! Gleichzeitig bin ich aber auch Anarchist, ich bin eben ein bürgerlicher Anarchist. Als solcher habe ich nichts mit Bomben, Chaos und Bürgerkrieg zu tun, womit man den Anarchismus seit dem 19. Jahrhundert manchmal in Verbindung bringt. Ich verstehe das Wort «Anarchie» von seinen Wurzeln her, nämlich als Zustand ohne oberste Herrschaft, als ein Gefüge ohne obersten Chef, ohne jemanden, der Primus ist. Es handelt sich dabei durchaus um eine Gesellschafts- und auch Rechtsordnung, aber um eine, die ohne Monopole auskommt und eben kein staatliches Gewalt- oder Gesetzgebungsmonopol kennt. Der Anarchist, das ist, recht bedacht, ein radikaler Antimonopolist. Dazu kann man auch Krawatte tragen.

Die Anarchisten des 19. Jahrhunderts, die du ansprichst, wollten den Staat ins Chaos stürzen, um daraus eine neue Gesellschaft entstehen zu lassen. Wie stellst du dir die Ein- oder Umsetzung der Anarchie heute vor?

D.D.: Ich neige nicht zur Gewalttätigkeit. Der Gedanke einer gewaltsamen, zwangsweisen Durchsetzung ist mir fremd. Auch passt er nicht zur Anarchie, versteht sich diese doch gerade als Gegensatz zu gewaltsamer Durchsetzung monopolistischer Macht. Ganz generell meine ich aber, dass die Frage nach der Umsetzung des Modells ohne Monopol die allerschwierigste ist. Denn denken und definieren kann man eine Gesellschaft ohne Gewalt-

David Dürr

ist Titularprofessor für Privatrecht und Rechtstheorie an der Universität Zürich und Autor von «Staats-Oper Schweiz» (Stämpfli, 2011). 2012 war er Kolumnist dieser Zeitschrift.

Baschi Dürr

ist seit dem 1. Februar 2013 Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartements des Kantons Basel-Stadt und Mitglied der FDP.

oder Rechtsmonopol ja ziemlich leicht; man weiss, dass der Mensch nicht nur dann funktioniert, wenn der Staat ihm Dinge befiehlt, sondern dass er sich an hunderttausend natürliche Regeln hält. Insofern kann man sich gut vorstellen, wie ein System ohne Monopolist funktioniert, nur: Welcher Weg zu diesem System führen soll, ist nicht leicht zu sagen. Wir sind Etatisten im Geiste und fürchten uns vor solchen Gedanken.

B.D.: Das ist so. Auch ich kenne kein real funktionierendes Ordnungsmodell, das ohne Lender of Last Resort auskommt, ohne eine Instanz, auf die im Härtefall, wenn alle Stricke reissen, zurückgegriffen werden soll oder kann. Ob man das in Gott sieht, Leviathan oder Staat nennt, ist zweitrangig.

Ist die monopolfreie Ordnung, die Ihr Vater beschreibt, in Ihren Augen also eine reine Utopie, eine intellektuelle Spielerei?

B.D.: Für viele ist es auf jeden Fall eine Provokation. Ich sehe meinen Vater als Agent Provocateur, als Hofnarr, der im Gewand des Professors alles hinterfragen kann und das auch sehr eloquent tut. Ich glaube, es ist wichtig, dass eine Gesellschaft solche Gedanken anstellt. Während seine Kritik am aktuellen Modell aber sehr deutlich ist, bleibt das Gegenmodell noch etwas diffus. Das Schwarzweissmuster – hier der monopolistische Staat und dort das perfekt monopolfreie Gegenmodell – bringt uns realpolitisch nur bedingt weiter.

D.D.: Nun, es besteht doch ganz konkret in der Realität: Die Weltkugel als Ganze ist das beste Beispiel für ein real existierendes und funktionierendes Territorium, das keinen obersten Monopolisten kennt.

B.D.: Ja, wobei das auch nur bedingt stimmt. Wenn man die Welt als Markt nimmt, gibt es da zwar keine Weltregierung, die ihn steuert. Aber es gibt deutliche kartellistische Ansätze: In der aktuellen Steuerdiskussion versuchen die meist grösseren Hochsteuerländer, den kleineren Tiefsteuerländern ihre Preise zu diktie-



David und Baschi Dürr, fotografiert von Philipp Baer.

ren. Ein solcher Vorgang hat unverkennbar Monopolcharakter!

D.D.: Einverstanden. Diese Tendenzen lassen die Welt als Übungsanlage erscheinen, in der sich beobachten lässt, wie sich das Monopolmodell mit anderen Modellen messen muss, wobei zumindest nicht fraglos davon ausgegangen wird, dass es ein letztes Monopol geben muss. Wir kennen dort auch den typisch völkerrechtlichen Approach, also Verträge, die ein horizontales Netz zwischen den Ländern spannen und den einzelnen Gliedern keine supranationalen Gefüge überstülpen.

Das Argument ist riskant. Denn man könnte die fehlende Weltregierung auch als Mangel sehen: Es gibt Leute, die behaupten, in einem Weltstaat liessen sich Kriege verhindern.

D.D.: Glaubst du das?

Ich nicht. Aber es ist ein Argument, das du erst mal entkräften musst.

D.D.: Das ist einfach: Ein Modell, das vorgibt, das Paradies zu schaffen, ist nie ernst zu nehmen! Die Diskussion kann nie um etwas anderes gehen als um eine Optimierung, um eine Erhöhung der Chancen, dass es zu weniger ungerechtfertigten Machtübergriffen kommt, seien es kriegerische oder andere. Und das scheint mir bei einem fehlenden Machtmonopol besser gewährleistet.

Wenn ich meine Studenten frage, ob sie auf globaler Ebene eher für oder gegen ein letztes Machtmonopol seien, gibt es jedenfalls einige, die dagegen sind, während die gleiche Frage für ein einzelnes Land – zum Beispiel die Schweiz – in der Regel zugunsten eines Monopols beantwortet wird. Vermutlich ist es die normative Kraft des Faktischen, die die Leute daran hindert, sich andere Optionen nur schon vorzustellen.

B.D.: Von diesen Fakten müssen wir in der Realität aber ausgehen. Ich würde das Faktische und dessen normative Kraft nicht als tragische Ausgangslage bedauern, sondern als Zustand akzeptieren, in dem wir eben drin sind und innerhalb dessen wir uns weiterentwickeln müssen und können. Das Leben – hier und heute – wird tendenziell nicht schlechter, es geht uns ökonomisch so gut wie wahrscheinlich noch gar nie. Sind wir nun trotz oder wegen der kritisierten Staatlichkeit derart reich geworden? Ich glaube, solche Fragen sollte man im Auge behalten, um die Thematik vom Erdball in unseren eigenen Lebensraum zurückzuholen.

Konkretisierung ist ein gutes Stichwort: Wo auf der Welt – abgesehen vom Globus als Ganzem – gibt es eine monopolfreie Gesellschaft?

D.D.: Es gibt in der Geschichte diverse Beispiele solcher Gesellschaften, die häufig im Zwischenbereich von grossen Machtblö-

Anzeige

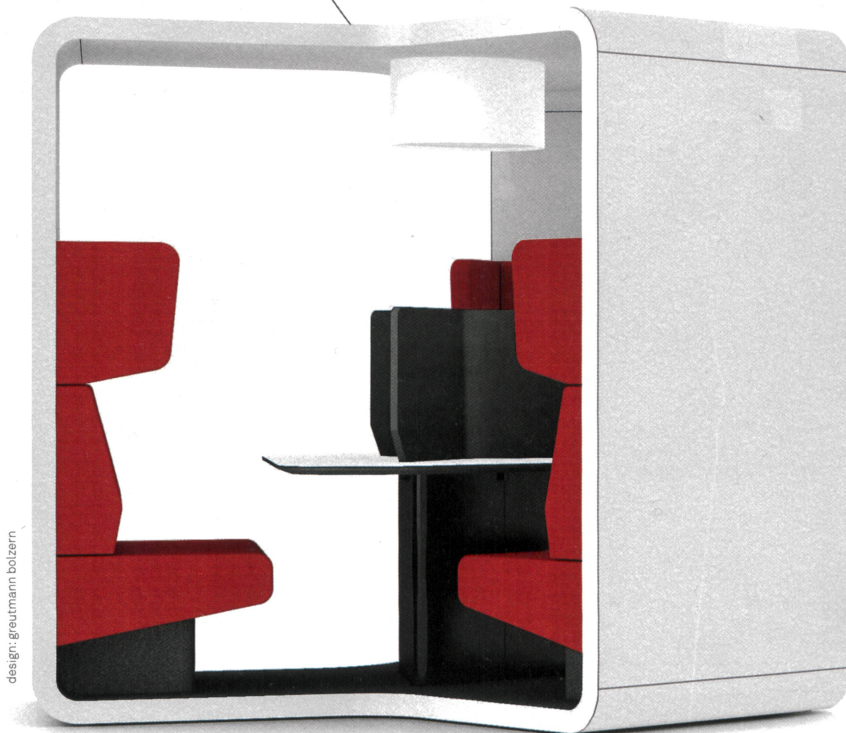


reddot design award
best of the best 2012



DESIGNPREIS
DER
BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND
2012
NOMINIERT

TOUCH DOWN
FÜR EINEN ZWISCHENSTOPP



design: greutmann bolzern

WORK LOUNGE
FÜR LOCKERE BESPRECHUNGEN



LO Mindport von Lista Office LO ist das neue Rummöbelsystem, das offene Arbeitswelten strukturiert.

cken auftraten. In Island etwa bildeten sich zur Zeit der frühen dänischen Besiedlungen Gesellschaften, die Volksversammlungen durchführten, ohne dass irgendeine prioritäre Gewalt bestanden hätte.

Ich hätte an geographisch wie zeitlich Näherliegendes gedacht: Sind nicht auch unsere Landsgemeinden Ordnungsformen, wie sie dir als Ideal vorschweben?

D.D.: Man kann das durchaus als Beispiel für eine gewisse Bürgernähe nehmen, nicht aber ohne Monopolcharakter. Dazu würde ich eher den Staatenbund nennen, wie er vor 1848 bestanden hat. Das war ein Gebilde, innerhalb dessen die einzelnen Einheiten in *horizontaler* Manier miteinander verbunden waren. Die Einzelelemente als solche mögen dabei kartellistisch organisiert gewesen sein, aber das grosse Ganze kam ohne erste Priorität aus. Von mir aus könnte man die heutige Organisation «Schweizerische Eidgenossenschaft» jederzeit abschaffen. In den heute dem Bund für das ganze Land zugewiesenen Monopolzuständigkeiten liegen letztlich monarchistische Elemente, und diese liessen sich mit der Rückkehr zu einer völkerrechtlichen Verbindung der Kantone überwinden.

B.D.: Ich sehe das Horizontale durchaus nicht nur im Staatenbund, sondern auch in unserem heutigen Bundesstaat – wenn

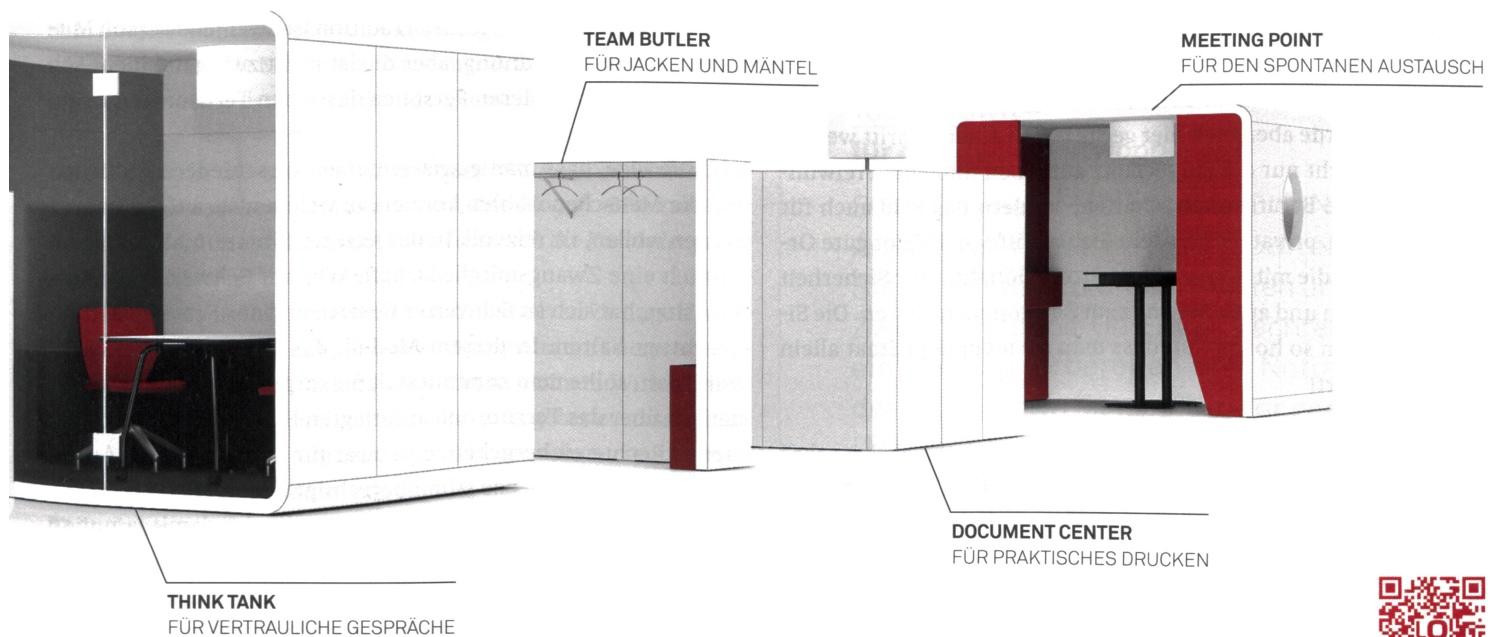
auch beschränkter und zunehmend bedrängter. Der Föderalismus ist nach wie vor etwas, was die Schweiz auszeichnet und hauptverantwortlich ist für ihren Wohlstand. Leider nimmt das Verständnis dafür ab, schnell ist heute von «Kantönligeist» anstatt vom Mehrwert des kleinräumigen Wettbewerbs die Rede.

D.D.: Grundsätzlich ist es sehr gut, dass wir in unserem kleinen Land 26 Player mit ähnlichen oder gleichen Angeboten haben. Allerdings bin ich der Meinung, dass man den Wettbewerb zwischen diesen noch viel weiter ausbauen und auch auf andere Mitbewerber ausdehnen sollte. Dass zum Beispiel jeder Kanton über seine eigene Polizei und damit über ein bundesunabhängiges Gewaltmonopol verfügt, ist ja gar nicht schlecht, nur: Weshalb soll diese Polizei sich nicht der Konkurrenz von Protectas, Securitas oder anderen privaten Sicherheitsdienstleistern stellen müssen?

Die Frage gebe ich gleich weiter: Was hält der Vorsteher des Basler Sicherheitsdepartements von der Privatisierung der Polizei, die sein Vater unerschrocken propagiert?

B.D.: Die steht selbstverständlich nicht auf der Agenda des Basler Regierungsrates... Wenn wir über das Gewaltmonopol des Staates sprechen, ist wichtig zu sehen, dass es nicht primär der Staat oder der Kanton ist, der die gesamte Sicherheit gewährleistet. Jeder und jede einzelne stellt Sicherheit her, wir alle sorgen dafür – in-

lista office LO



Das sich an jede Situation anpasst. Und das Menschen motiviert. > www.lista-office.com/mindport

«Bei der Scharia handelt es sich um eine äusserst kultivierte und differenzierte Tradition, die ganz anderes als ständiges Handabschlagen und Frauenauspeitschen bedeutet.»

David Dürr

dem wir uns vernünftig verhalten, unsere Mitmenschen weder verprügeln noch umlegen und auch nicht wegen jeder Bagatelle nach der Polizei rufen. Das allermeiste regeln wir glücklicherweise immer noch selber. Aber die Polizei ist genau ein solcher Lender of Last Resort wie eingangs angesprochen.

Wenn Sie die Verantwortung des einzelnen für die Sicherheit des Ganzen als so wichtig erachten, ist es erstaunlich, dass Sie sich gleichzeitig für die Abschaffung der Wehrpflicht aussprechen. Wäre nicht gerade der Militärdienst ein wichtiger Beitrag zur Gewährleistung der gesellschaftsweiten Sicherheit?

B.D.: Ich erachte die Wehrpflicht als überholt und die Volksarmee, an der alle freien Männer teilhaben, für mythisch überhöht. Es wäre freiheitlicher und wohl auch ökonomischer, die Bürger würden ihren Beitrag als Zahlung an die Armee leisten. Die Leute zum Frondienst zu zwingen, ist aus liberaler Warte äusserst problematisch – weswegen auch alternative Modelle wie ein obligatorisches Bürgerjahr, die in der Diskussion rund um die Wehrpflicht auch von bürgerlicher Seite aufkommen, für mich erst recht keine Option sind.

Du warst Oberst, David Dürr, brichst du eine Lanze für die Wehrpflicht?

D.D.: Ich stimme meinem Sohn und der Abschaffung der Wehrpflicht zu, würde aber auch hier gerne gleich einen Schritt weitergehen und nicht nur die Bürgermiliz aufheben und eine Freiwilligen- oder eine Berufarmee schaffen, sondern das Feld auch für professionelle, private Sicherheitsdienste öffnen. Es gibt gute Organisationen, die mit Personal und Professionalität für Sicherheit sorgen können und auch bei uns zum Zug kommen sollten. Die Sicherheit ist ein so hohes Gut, dass man sie nicht dem Staat allein überlassen darf!

Viele Schweizer dürften die Sache freilich genau umgekehrt sehen und sagen: Gerade weil die Sicherheit ein so hohes Gut ist, darf der Staat sie nicht aus der Hand geben. Ist das wiederum antrainierter mentaler Etatismus?

B.D.: Ob antrainiert oder nicht: Die allgemeine Akzeptanz der Staatlichkeit ist enorm gross. Das Gros der Leute will nicht nur die grossen Dinge wie die Armee, sondern noch die belanglosesten

Aspekte des Lebens staatlich geregelt sehen. Diesen Sommer etwa ist die Forderung nach einheitlich normierten Grillplätzen am Rhein laut geworden. Und die Realität zeigt, dass wegen leider mangelnder Selbstregulierung die Sauberkeit bei staatlichem Grillwesen tatsächlich besser wird...

D.D.: Das ist mir absolut bewusst, und ich käme nie auf die Idee, irgendjemandem seinen Staat wegnehmen zu wollen! Die 98 Prozent der Leute, die den Staat haben wollen, sollen ihn haben, bitte, natürlich. Nur will auch ich als Vertreter der verbleibenden 2 Prozent mir diesen Staat nicht aufzwingen lassen.

Praktisch ist das schwerlich zu verhindern, weil der moderne Nationalstaat an das Territorialprinzip gebunden ist. Der territoriale Anspruch des Staates lässt es nicht zu, dass dein Haus aus dem Schweizer Rechtsraum ausgegliedert wird und dass in deiner Strasse die Securitas anstelle der Kapo patrouilliert.

D.D.: Genau vom Paradigma des Territorialitätsprinzips sollte man meiner Meinung nach abrücken. Wer sagt denn, dass Recht immer an ein Territorium gebunden sein muss? Im alten römischen Recht gab es den Spruch «iura ossibus inhaerent», die Rechte hängen an den Knochen – an den Menschen selber und eben nicht am Boden! In dieser Tradition ist zwar jede Person Mitglied einer Rechtsordnung, aber die ist nicht zwingend identisch mit jener, der die anderen Personen desselben Territoriums angehören.

B.D.: Die Idee, dass man gewissermassen verschiedene Clubs hat und die Menschen wählen können, in welchen sie aufgenommen werden wollen, ist reizvoll. In der jetzigen Situation besteht ja eigentlich eine Zwangsmitgliedschaft: Wer auf Schweizer Territorium sitzt, hat sich an Schweizer Gesetze und ans Schweizer Steuerrecht zu halten. In diesem Modell, das dem einzelnen keine Wahl lässt, sollte man zumindest dafür sorgen, dass mit den automatisch über das Territorium auferlegten Pflichten auch entsprechende Rechte einhergehen, und zwar für alle: In meinen Augen sollten Ausländer ebenso stimmberechtigt sein wie Schweizer.

D.D.: Auf jeden Fall – man nähme die Ausländer damit ja nur so ernst, wie man sie auch als Steuerzahler ernst nimmt. Schöner wäre aber doch, man würde von dem Einheitsclub abrücken und es den Leuten ermöglichen, unterschiedlichen Ordnungen anzugehören. Genauso wie man katholisch, protestantisch, jüdisch

oder muslimisch sein und nebeneinander im gleichen Quartier wohnen kann, müssten auch verschiedene Rechtssysteme parallel nebeneinander existieren können. Natürlich gäbe es auch zwischen diesen Gruppierungen Reibungen, aber für die würden sich Regelungsmechanismen finden lassen, auf die sich Menschen freiwillig einigen. Auch hier: lassen wir den Markt spielen! Für jene, die das wollen, kann man deshalb von mir aus ab morgen in der Schweiz Schiagerichte zulassen.

Ist das dein Ernst?

D.D.: Wenn Leute sie freiwillig akzeptieren, warum nicht?

Weil sie menschenverachtend sind. Das ist ein Steilpass an den Justizdirektor: Gehe ich richtig in der Annahme, dass die Einführung der Scharia ebenso wenig auf Ihrer Agenda steht wie die Privatisierung der Polizei?

B.D.: Wir haben die drei Gewalten in einem Einheitsstaat zusammengefasst – mit einer Verfassung darüber, die mehr oder weniger in einer christlichen oder westlichen Tradition steht. Was die Idee betrifft, fehlen mir die Grundlagen, sie zu beurteilen; ich bin mit der Scharia zu wenig vertraut.

D.D.: Bei der Scharia handelt es sich – wie bei vielen anderen alt-hergebrachten Rechtskulturen – um eine äusserst kultivierte und differenzierte Tradition, die ganz anderes als ständiges Handab-schlagen und Frauenauspeitschen bedeutet. Das sind Auswüchse – wie es sie ja auch anderswo gibt. In den USA etwa werden Leute von Staates wegen vergiftet, das scheint mir auch nicht sonderlich kultiviert.

B.D.: Das mag alles sein, und das Thema ist spannend, zweifellos. Nur spielt sich der politische Alltag auf ganz anderer Ebene ab. Vor unserem Interviewtermin habe ich Bewerbungsgespräche geführt, zwei Bauprojekte besprochen, an der Sitzung einer Gefängnisleitung teilgenommen und einen grossen Stapel Akten unterschrieben. Einklemmt zwischen all diesen Tagesgeschäften findet man leider nur selten die Musse, den Blick über den Tellerrand zu heben, um sich mit den grossen Grundsatzfragen zu befassen.

Ob die Scharia dazugehört? Aber lassen wir das. Sie wollen sich aus der Affäre ziehen. Sie sind einst mit dem Slogan «Mut zur Freiheit» zur Wahl angetreten. Inwieweit lässt sich die Parole im praktischen Politbetrieb umsetzen?

B.D.: Die strukturellen, rechtlichen und operativen Zwänge sind in jeder Exekutive gross und der Handlungsspielraum entsprechend klein. Trotzdem habe ich den Anspruch, in meinem Wirkungsbereich liberale Anliegen umzusetzen. Ein zugegebenermassen klitzekleines Beispiel: Gruppen, die das Feuerwehrmuseum besuchen, müssen nicht mehr die Namen und Geburtsdaten aller Teilnehmer angeben, sondern brauchen nur noch zu deklarieren, dass sie zu elft und unter Führung des Herrn Müller unterwegs sind. Von der Frage des Weltmonopols sind wir damit ziemlich weit entfernt, aber Veränderungen setzen nun mal im Kleinen an. Und um dies wieder grösser einzubinden: Auch Popper sieht die

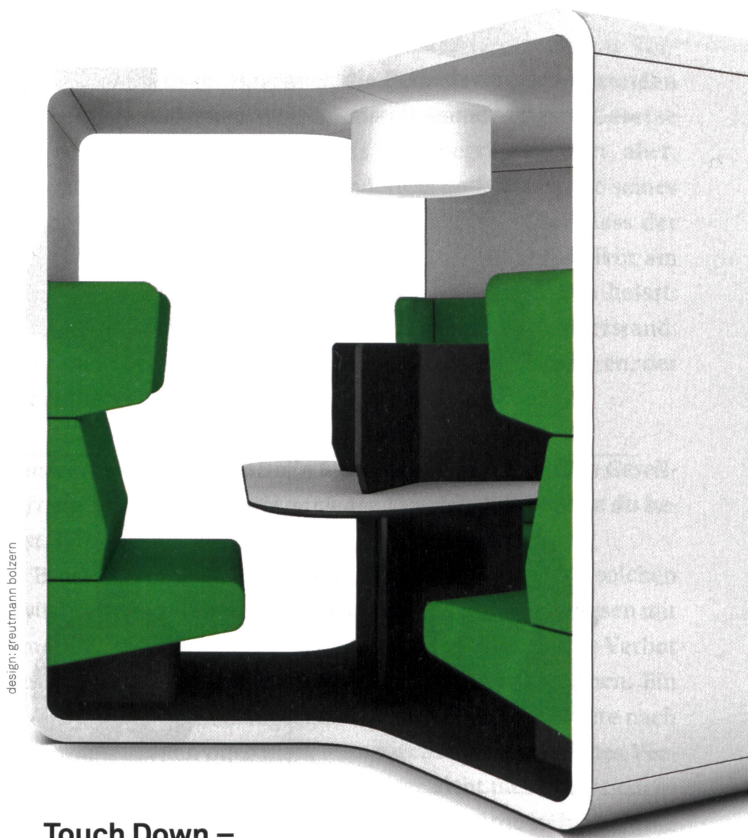
lista office LO



reddot design award
best of the best 2012



DESIGNPREIS
DER
BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND
2012
NOMINIERT



Touch Down – für den Zwischenstopp.

Schnelldenker, Platzwechsler und Nomaden der Arbeitswelt finden im Touch Down eine ideale Station für temporäre Tätigkeiten und produktive Zwischenstopps. Ob E-Mails schreiben, ein Meeting vorbereiten oder Notizen lesen, der Touch Down ist genau dafür gemacht. LO Mindport von Lista Office LO ist das neue Rummöbelsystem, das offene Arbeitswelten strukturiert. Das sich an jede Situation anpasst. Und das Menschen motiviert.

> www.lista-office.com/mindport



bestswiss.ch
das Beste aus der Schweiz



Entdecken
Sie Neues!



Schweizer Produkte und Design im Online-Katalog

bestswiss.ch



Orientierung am kleinen Einzelproblem als der utopischen Vision überlegen.

Wenn du das hörst, siehst du dann nicht deine grossen Visionen am politischen Alltag zerschellen?

D.D.: Nein, gar nicht. Das eine tun und das andere nicht lassen. Die Orientierung im Kleinen ist vielleicht auch realistischer, während die grosse Vision zwar grundsätzlicher ansetzt, ihr Hauptproblem aber – ich habe es eingangs gesagt – bei der praktischen Umsetzung liegt. Vielleicht kann man zu ihr ohnehin nie mehr beitragen, als eine entsprechende Entwicklung, die sich bereits zeigt, aktiv zu begleiten. Eine solche Entwicklung könnte zum Beispiel die aktuelle Staatskonkurswelle sein. Vielleicht rollt die ja bald wirklich an, denn sie könnte die Bildung neuer Systeme beflügeln – sofern nach den Konkursen nicht einfach die gleichen Organisationen weiterwursteln, sondern die bestehenden Strukturen wirklich in Frage gestellt werden. Ich denke da übrigens eher an Griechenland, Portugal und Frankreich, nicht an den Kanton Basel-Stadt.

Du gibst vor, auf den Strukturwandel zu hoffen, doch kann der wirklich in deinem Sinne sein? Wenn du nicht gerade anarchistische Kolumnen verfasst, bist du als Jurist in einer Branche tätig, die staatsnäher kaum sein könnte: Als Anwalt profitierst du von jedem neuen Gesetz, das der monopolistische Staat erlässt.

D.D.: Selbstverständlich bin ich auch gegen das staatliche Justizmonopol. Ich finde es falsch, dass es staatliche Gerichte gibt, die man anrufen muss.

B.D.: Man kann ja auch Schiedsgerichte wählen, das sind Konfliktlösungsmechanismen, die ohne Staat funktionieren.

D.D.: Stimmt, das sind gute Ausnahmen, die aber nicht sehr weit verbreitet und für gewisse Rechtsbereiche nicht verfügbar sind. Wenn ich als Anwalt vor Gericht bin, bin ich mehrheitlich an staatlichen Gerichten. Und dort profitiere ich davon, dass nur staatlich patentierte Anwälte auftreten dürfen. In meinen Augen gehört dieses Monopol aber ebenso abgeschafft wie alle anderen: Soll man ab morgen auch Treuhänder zulassen und Scharlatane und was sonst noch alles – gegen die sollte ich mich im Wettbewerb behaupten müssen. Das ist der beste Schutz für den rechtsuchenden Konsumenten.

Die staatlich geschützte Stellung deines Berufs ist ein Aspekt. Ein anderer ist der Umstand, dass du ganz direkt von der zunehmenden Verrechtlichung der Existenz profitierst: Je komplizierter und dichter die Gesetze, desto voller dein Auftragsbuch. Wie geht das mit deiner anarchistischen Überzeugung zusammen?

D.D.: Ich sehe das natürlich, sage aber im gleichen Atemzug: Ich wünschte, es wäre anders. Denn die Verrechtlichung, das Anwachsen der Gesetzesmenge und des Rechtsapparats, der Umstand, dass kaum mehr etwas als Regel, sondern alles als Recht daherkommt, mit Gesetzen, Verordnungen und entsprechenden Behörden zur Verwaltung dieser Vorschriften – all das steht ganz eindeutig in einem Zusammenhang mit der Monopolstruktur. Eigentlich könnte

das Recht ein Business sein wie irgendein anderes: Es gibt Bedürfnisse nach Konfliktbeseitigung oder nach Klarheit bei komplizierten Transaktionen, und diese Bedürfnisse kann man am Markt abdecken. In einer konsequent monopolfreien Privatrechtsgesellschaft wäre das Rechtsbusiness viel kleiner als bei uns, wo man noch auf unterster Ebene für den hinterletzten Hafenkäse eine perfektionierte Verordnung erlässt. Ich glaube, die Verzerrungen, die auf oberster Ebene durch die Monopolstruktur entstehen, wirken sich ganz unten in absurden bürokratischen Verhaltensweisen aus. B.D.: Die Bürokratie ist im politischen Alltag natürlich ein grosses Thema. Ich habe mir vorgenommen und dies auch öffentlich als Ziel vorgegeben, die Papierberge auf den Polizeiposten zu halbieren. Ob das gelingt, wird sich weisen. Denn auch hier sieht die Praxis anders aus als die theoretische Diskussion – oder auch die Vorwürfe am Stammtisch. Häufig ist die Rede davon, den gesunden Menschenverstand einzusetzen, anstatt immer engere Gesetze und Verordnungen zu erlassen. Das wäre begrüssenswert, aber: Wenn ein Beamter tatsächlich irgendetwas nach Massgabe seines Menschenverstandes entscheidet, kann er sicher sein, dass der Bürger, der mit der Entscheidung nicht zufrieden ist, Willkür am Werk sieht und eine rechtliche Grundlage einklagt. Das heisst: Man verlangt nach Augenmass und gesundem Menschenverstand, ist aber nicht bereit, den Handlungsspielraum zu akzeptieren, der damit einhergehen muss.

Offensichtlich zeigt sich also in unserer real existierenden Gesellschaft ein starkes Bedürfnis nach der Verrechtlichung, die du beklagst. Wie erklärst du dir das?

D.D.: Es ist immer wieder die Grundübungsanlage, die zu solchen Auswüchsen führt. Die staatlichen Stellen sind gewissermassen mit einem Willkürverbot belegt und tun auch alles dafür, dieses Verbot einzuhalten und ihr Monopol möglichst korrekt auszuüben. Ein privater Anbieter kann demgegenüber willkürlich sein, Leute nach Nasenform bedienen oder nicht – und wenn sich ein solches Verhalten nicht bewährt, wird dieser Anbieter nicht mehr berücksichtigt. Ein Grossteil unseres heutigen Dilemmas würde sich über eine nichtmonopolistische Struktur quasi von unten her auflösen.

Aber Hand aufs Herz, so unwohl, wie deine Worte glauben lassen, fühlst du dich in unserer Übungsanlage doch gar nicht, oder?

D.D.: Es ist gewiss nicht so, dass ich wegen unseres Systems nicht schlafen könnte – ich schlafe immer sehr gut! –, sonst wie unglücklich wäre oder immer denken würde: Es ist grauenvoll, was mir täglich von morgens bis abends in diesem Monopolstaat widerfährt. Ich bin emotional durchaus zufrieden und verzweifle nicht an den Zuständen. Nichtsdestoweniger handelt es sich bei meiner Kritik am «Monoprinzip» nicht einfach um ein Gedankenspiel, sondern um ein sehr ernsthaftes Anliegen, für das ich meine Zeit und meinen Hirnschmalz weiter einsetzen werde – nicht verbissen und unglücklich, aber interessiert und engagiert. ◀

Weitere Beiträge zum Thema Anarchismus/Minarchismus/Staat der Zukunft in loser Folge in den kommenden Ausgaben.